



Zukunft der EU-Strukturpolitik: Kohäsionsforum und Reflexionspapier

Europäische Kommission stößt Debatte an: Wegfall der Strukturfonds für stärkere Regionen oder niedrigere EU-Finanzierungssätze als Optionen

Die Diskussion um die Zukunft der europäischen Kohäsions- oder Strukturpolitik stand im Mittelpunkt einer Konferenz, dem Kohäsionsforum, am 26./27.06.2017 in Brüssel. Erfreulich: Es bestand weitgehend Einvernehmen, dass die Kohäsionspolitik mit den europäischen Investitions- und Strukturfonds einen wichtigen Beitrag für Investitionen und Innovation in den Mitgliedstaaten und Regionen der EU leistet. Von Seiten der Kommissionsmitglieder gab es jedoch keine eindeutige Aussage zugunsten einer Förderung für alle Regionen Europas, einschließlich der wirtschaftlich stärkeren wie Nordrhein-Westfalen. Im Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen vom 28.06.2017 stellt die Kommission den Wegfall einer Strukturförderung für stärker entwickelte Regionen als eine von mehreren Optionen dar.

Regionalpolitik als Politik der Bürgernähe

Beim Kohäsionsforum bekannte sich Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu einer Kohäsionspolitik, die Ausdruck europäischer Solidarität sei. Jedoch könne es keine Solidarität ohne Gegenseitigkeit und Verantwortung geben. Juncker plädierte für eine wirksame und strategisch ausgelegte Politik, welche die Unterschiede der Regionen berücksichtigt und maßgeschneidert entsprechend ihrer Bedürfnisse für Investitionen in Beschäftigung, kleine und mittlere Unternehmen sowie Innovation eingesetzt werde. Der Kommissionspräsident sprach anerkennend von der Regionalpolitik als eine Politik der Bürgernähe. Jedoch sei vielen Begünstigten dieser Politik die europäische Dimension nicht bewusst. Daher müssten auf allen Ebenen die Leistungen der EU-Strukturförderung besser vermittelt und bekannt gemacht werden.

Nachweis des „europäischen Mehrwerts“

Haushaltskommissar Günther Oettinger erklärte, dass für die Kohäsionspolitik gelte, was künftig von allen Förderprogrammen der EU gefordert werde: der Nachweis des „europäischen Mehrwerts“. Er sprach sich dafür aus, in der Zukunft die Strukturförderung

mit den länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung zu verbinden und die Lenkungsinstrumente zu verstärken. Er ließ keinen Zweifel daran, dass die Kohäsionspolitik in vergleichbarem Umfang nur fortgeführt werden könne, wenn die Beitragslücke, die durch den Austritt Großbritanniens entsteht, geschlossen werde. Er erinnerte an den zusätzlichen Finanzierungsbedarf des EU-Haushalts für künftige Aufgaben wie die Flüchtlingsproblematik, Grenzsicherung und Verteidigung. An Deutschland gerichtet erklärte Oettinger, dass von jedem Euro, den Deutschland für die Kohäsionspolitik zur Verfügung stelle, bis zu 70% in Form von Aufträgen für Fahrzeuge, Maschinen, Ingenieurleistungen o. ä. nach Deutschland zurückfließe.

Reformen erforderlich

Zuvor hatte der für Wachstum und Beschäftigung verantwortliche Vizepräsident der Kommission, Jyrki Katainen, die Notwendigkeit von Reformen angemahnt. Die Strukturförderung müsse deutliche Ergebnisse zeigen; die europäische Solidarität müsse sichtbar sein. Katainen, der wie Juncker den dezentral verwalteten Strukturfonds mit Skepsis begegnet, räumte ein, dass mit Hilfe der Strukturförderung europäische Prioritäten, wie Investitionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit oder die CO₂-Verringerung, gemeinsam mit den Regionen umgesetzt werden. Nach Auffassung des finnischen Vizepräsidenten muss die Kohäsionspolitik ein Katalysator für Investitionen sein. Er bat zu überlegen, ob bei bestimmten Vorhaben die Nutzung von Finanzinstrumenten (Darlehen, Garantien, Beteiligungen) nicht effektiver als die Vergabe von Zuschüssen sei.

Alle Redner der Kommission verwiesen auf das Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen, das am 28.06.2017 veröffentlicht wurde. Darin werden für die Politik des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Zusammenhalts folgende fünf Szenarien zur Diskussion gestellt:

Szenario 1: Weiter wie bisher

- Investitionen für alle Regionen, jedoch in geringerem Umfang
- Höhere nationale Kofinanzierung und stärkerer Einsatz von Finanzierungsinstrumenten
- Stärkere Ausrichtung auf soziale Inklusion, Beschäftigung, Kompetenzen, Innovation, Klimawandel, Energie-/Ökologiewende

Szenario 2: Weniger gemeinsames Handeln

- Unterstützung nur für Kohäsionsländer und grenzüberschreitende Zusammenarbeit
- Ausschließliche Ausrichtung auf soziale Inklusion, Beschäftigung, Kompetenzen, Innovation, Klimawandel, Energie-/Ökologiewende

Szenario 3: Einige tun mehr

- Keine Angaben zur Kohäsionspolitik

Szenario 4: Radikaler Umbau

- Unterstützung nur für ärmere Regionen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit
- Ausschließliche Ausrichtung auf soziale Inklusion, Beschäftigung, Kompetenzen, Innovation, Klimawandel, Energie-/Ökologiewende

Szenario 5: Erheblich mehr gemeinsames Handeln

- Verstärkte soziale Dimension (z. B. Garantie gegen Kinderarmut)
- Verstärkte Dimension der territorialen Zusammenarbeit
- Verstärkte urbane Dimension

Das Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen ergänzt und präzisiert das Weißbuch zur Zukunft Europas, das Präsident Juncker am 01.03.2017 vorgelegt hat. Die dargelegten Szenarien über die Europäische Union der Zukunft und ihre Finanzen und die Kohäsionspolitik sollen nach dem Willen der Kommission die Grundlage für eine europaweite Diskussion und Meinungsbildung sein.

Lt. Reflexionspapier bestünde ein eindeutiger europäischer Mehrwert dann, „wenn Maßnahmen auf europäischer Ebene weitergehen, als dies mit nationalen Anstrengungen möglich wäre.“ Dazu gehörten grenzüberschreitende Programme und Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik in einem Mitgliedstaat oder in einer Region, welche zur makroökonomischen Stabilität beitragen und das Wachstumspotential der gesamten Union steigern.

Nach Auffassung der Kommission gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Kohäsionspolitik zu reformieren, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen.

- Mehr Flexibilität, um auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Dies könne beispielsweise durch die Verfügbarkeit einer Kapazität erreicht werden, die nicht den Mitgliedstaaten vorab zugewiesen wird;
- Eine zügigere Umsetzung der Programme;
- Unterstützung beim Aufbau von Verwaltungskapazitäten und die Verbesserung deren Qualität;
- Anhebung der nationalen Kofinanzierungsbeiträge. In diesem Zusammenhang wird im Reflexionspapier die Frage gestellt, ob stärker entwickelte Mitgliedstaaten und Regionen weiterhin Strukturfondsmittel erhalten sollen;
- Eine kohärente Investitionspolitik durch einen einzigen Investitionsfonds oder ein einheitliches Regelwerk für die bestehenden Fonds. Dadurch könnte beispielsweise die Komplementarität der Strukturfonds mit Horizont 2020 verbessert werden;
- Überarbeitung des jetzigen Systems der Mittelzuweisung und Aufnahme neuer Kriterien wie beispielsweise demografische Entwicklung, Arbeitslosigkeit, Migration oder Innovation und Klimawandel.

Das Reflexionspapier endet mit dem Fazit, dass der EU-Haushalt nach 2020 einfacher und flexibler und der Einsatz europäischer Mittel effizienter werden muss. Die Kommission will eine Debatte über das Weißbuch und die Reflexionspapiere anregen. Die Beiträge dazu sollen im Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU, der Mitte 2018 vorgelegt wird, sowie in den Vorschlägen

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



über die künftigen EU-Förderpolitiken
Berücksichtigung finden.

Weiterführende Informationen:

Reflexionspapier Zukunft EU-Finzen:

https://ec.europa.eu/commission/publications/reflection-paper-future-eu-finances_de

Weißbuch zur Zukunft Europas:

https://ec.europa.eu/commission/white-paper-future-europe_de

Verfahrensstand:

Okt. 2017 Siebter Kohäsionsbericht der
Kommission mit Überlegungen für
eine künftige Kohäsionspolitik

Mitte 2018 Vorschlag der Kommission über
den Mehrjährigen Finanzrahmen
nach 2020

danach Vorschläge der Kommission über
die Kohäsionspolitik nach 2020

Mai 2019 Wahlen zum Europäischen
Parlament

31.10. 2019 Ende Amtszeit Europäische
Kommission mit Präsident
Juncker

2. Hj. 2020 Deutsche Ratspräsidentschaft

01.01.2021 Beginn der neuen Förderperiode